

BKHS-Blickwinkel



**Wirtschaftssicherheit neu denken:
Hamburg als sicherer Hafen der
inkluisiven Geoökonomie**



Bundeskanzler
Helmut Schmidt
Stiftung

Zentrale Erkenntnisse

- #1 Wirtschaftssicherheit ist mehrdimensional:** Wirtschaftssicherheit geht über Wettbewerbsfähigkeit und Verteidigung hinaus: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit sind zentrale Bestandteile. Nur ein integrativer Ansatz schafft langfristige Resilienz für Deutschland als Wirtschaftsstandort.
- #2 Die EU setzt den strategischen Rahmen:** Mit ihrer Economic Security Strategy definiert die EU Wirtschaftssicherheit über den Dreiklang Promote – Protect – Partner. In ihrer jüngsten Doktrin zur wirtschaftlichen Sicherheit hat sie diese drei Säulen festgeschrieben und dabei die Notwendigkeit eines proaktiven Handelns hervorgehoben. Deutschland muss diesen proaktiven Ansatz nun in seiner nationalen Wirtschaftssicherheitsstrategie konkret umsetzen, insbesondere beim Schutz kritischer Infrastrukturen wie Häfen.
- #3 Häfen sind Knotenpunkte wirtschaftlicher Sicherheit:** Der Hamburger Hafen illustriert, wie ökonomische, strategisch-militärische, gesellschaftliche und ökologische Dimensionen ineinandergreifen. Wirtschaftliche Sicherheit kann dort nur durch eine enge, koordinierte Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen umgesetzt werden.
- #4 Inklusive Geoökonomie ist der Schlüssel zu umfassender Wirtschaftssicherheit:** Wirtschaftspolitik muss aktiv gestaltet werden, indem Effizienz, soziale Teilhabe und ökologische Nachhaltigkeit miteinander verknüpft werden. Nur so kann Deutschland in einer fragmentierten Welt wirtschaftlich offen und zugleich souverän bleiben.

Wirtschaftssicherheit neu denken: Hamburg als sicherer Hafen der inklusive Geoökonomie

Autorinnen: **Elisabeth Winter** und **Lea Holst**

Wirtschaftssicherheit wird in Deutschland bislang überwiegend als Frage von Wettbewerbsfähigkeit, technologischer Souveränität und Verteidigungsfähigkeit verstanden. Dieses Verständnis greift jedoch zu kurz. In einer geopolitisch fragmentierten Welt, in der ökonomische Abhängigkeiten, militärische Risiken, soziale Spannungen und ökologische Belastungen zunehmend ineinandergreifen, braucht es ein grundsätzlich erneuertes – mehrdimensionales – Verständnis von Wirtschaftssicherheit. Genau hier setzt dieses Policy Paper an: Wir zeigen, dass Wirtschaftssicherheit in Deutschland nur dann krisenfest und souverän gestaltet werden kann, wenn ökonomische, strategisch-militärische, gesellschaftliche und ökologische Dimensionen systematisch integriert werden.

Um dieses zu Ziel erreichen, argumentieren wir für eine Strategie inklusiver Geoökonomie, die diese vier Dimensionen aktiv miteinander verbindet und strategisch gestaltet. Unser Ansatz ist der erste, der Geoökonomie inklusiv versteht: als wirtschaftspolitische Strategie, die ökonomische Resilienz, sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit, soziale Teilhabe und ökologische Transformation gleichermaßen berücksichtigt und miteinander verknüpft.

Dieses Paper entwickelt daher ein neues mehrdimensionales Verständnis von wirtschaftlicher Sicherheit und zeigt auf, wie eine inklusiv gedachte Geoökonomie als neue Strategie für Deutschlands Wirtschaftssicherheit dienen kann.

Der Hamburger Hafen dient dabei als Beispiel und Anwendungsfall. Er verdeutlicht, dass Häfen weit mehr sind als logistische Knotenpunkte. Sie sind zugleich geostrategische Schnittstellen, wirtschaftliche Machtzentren, soziale Ballungsräume sowie ökologische Belastungshotspots. Am Hamburger Hafen wird sichtbar, dass wirtschaftliche Sicherheit ein dynamisches Geflecht unterschiedlicher politischer, ökonomischer und sozialer Prozesse ist.

Im Folgenden beleuchten wir diese Mehrdimensionalität des Hamburger Hafens und erörtern anhand dieses Beispiels, wie Wirtschaftssicherheit durch die Steuerung im Sinne einer inklusiven geoökonomischen Strategie realisiert werden kann. Für unsere Analyse stützen wir uns auf Expert*inneninterviews, die mit politischen Entscheidungsträger*innen und Vertreter*innen aus Wirtschaft und Gewerkschaften auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene geführt wurden. Dieses Papier präsentiert eine vorläufige Analyse unseres laufenden Forschungsprojekts zu inklusiver Geoökonomie. Dieses wird im Abschlussbericht 2026 erweitert.

Wirtschaftssicherheit als neues Paradigma

In den vergangenen Jahren hat sich Wirtschaftssicherheit zu einem zentralen Leitbegriff deutscher und europäischer Politik entwickelt. Lieferkettenunterbrechungen, Energiekrisen, Cyberangriffe und geopolitische Spannungen der letzten Zeit haben deutlich gemacht, wie anfällig Deutschlands Wirtschaft gegenüber diesen ökonomischen Abhängigkeiten ist und, dass sie unmittelbare sicherheitspolitische Risiken bergen. Die Europäische Union (EU) hat das Konzept mit ihrer jüngsten Doktrin zu wirtschaftlicher Sicherheit verankert, die auf ihre „Economic Security Strategy“ aus dem Jahr 2023 aufbaut; Deutschland folgte mit der Veröffentlichung der Nationalen Sicherheitsstrategie 2023 und hat angekündigt, die europäische Regelung auf nationaler Ebene 2026 in einer eigenen Wirtschaftssicherheitsstrategie umzusetzen.

Wirtschaftssicherheit wird darin verstanden als die Fähigkeit eines Staates oder Staatenverbunds, eine Ökonomie zu etablieren, die sich trotz politischer Rivalitäten als widerstandsfähig gegen die Risiken einer international verflochtenen Wirtschaft beweisen kann – und gleichzeitig seine strategische Handlungsfreiheit bewahrt. Durch ihre Strategie, fortgeführt durch ihre Doktrin, hat die EU politisch verankert, dass wirtschaftliche Sicherheit auf drei zentralen Säulen beruht: der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und technologischer Innovation (Promote), dem Schutz vor wirtschaftlichen und technologischen Risiken (Protect), sowie der Kooperation mit gleichgesinnten Partnerstaaten (Partner). Übergeordnetes Ziel ist ein Gleichgewicht zwischen Offenheit und Sicherheit. Die EU will weiterhin zu den offensten Wirtschaftsregionen der Welt gehören. Zugleich versucht sie proaktiv ihre strategi-

schen Verwundbarkeiten zu reduzieren und Sicherheiten zu schaffen – etwa durch die Diversifizierung von Lieferketten, Investitionskontrollen und gemeinsame Standards in Zukunftstechnologien. Damit versteht die EU Wirtschaftssicherheit ausdrücklich nicht als rein ökonomisches Konzept, sondern verbindet wirtschaftliche, sicherheitspolitische sowie technologische Dimensionen miteinander und räumt dem Staat eine gestalterische Rolle ein. Dieses umfassende Verständnis markiert bereits einen Paradigmenwechsel: Wirtschaftliche Stärke und Sicherheit gelten nicht länger als getrennte Ziele, sondern als zwei Seiten derselben Medaille, die sich durch Handlungsfähigkeit definiert. Wir argumentieren jedoch, dass dieser erweiterte Ansatz noch nicht ausreichend ist.

Inklusive Geoökonomie für Wirtschaftssicherheit

Die EU hat mit ihrer Wirtschaftssicherheitsstrategie einen wichtigen Schritt getan, indem sie ökonomische und sicherheitspolitische Fragen systematisch miteinander verbindet. Ihre Doktrin zu wirtschaftlicher Sicherheit geht einen Schritt weiter, indem sie staatlichen wie europäischen Institutionen eine aktivere Rolle zuweist. Diese strategische Rahmung muss nun auf Ebene der Mitgliedstaaten in konkretes politisches Handeln übersetzt werden.

Geoökonomie setzt genau an diesem Punkt an.¹ Sie bezeichnet den gezielten Einsatz wirtschaftlicher Instrumente – Investitionsprüfungen, Exportkontrollen, Diversifizierungsinitiativen oder technologische Kooperationen – um außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen. In diesem Verständnis wird wirtschaftspolitisches Handeln

1 Ein anderer, ähnlich genutzter Begriff ist „Economic Statecraft“; aktuelle Überlegungen zur Notwendigkeit einer EU Economic Statecraft hier: Ghiretti, Francesca (2025): The Return of [Economic Statecraft](https://ip-quarterly.com/en/return-economic-statecraft). IPQ 5/2025, <https://ip-quarterly.com/en/return-economic-statecraft> (letzter Zugriff: 01.12.2025).

zu einem strategischen Bestandteil staatlicher Außen- und Sicherheitspolitik. Eine geoökonomische Praxis bedeutet daher, wirtschaftliche Mittel bewusst einzusetzen, um geopolitischen Ziele – wie das der Wirtschaftssicherheit – aktiv zu verfolgen.

Diese verbreitete Vorstellung von Geoökonomie bleibt jedoch konzeptionell wie praktisch begrenzt, wenn Wirtschaftssicherheit weiterhin ausschließlich durch die Brille von Wettbewerbsfähigkeit, technologischer Abhängigkeit und Verteidigungsrisiken betrachtet wird. Neben ökonomischen und militärischen Aspekten sollten auch die damit eng verflochtenen gesellschaftlichen und ökologischen Implikationen von Wirtschaftssicherheit adressiert werden.

Wir argumentieren daher, dass Wirtschaftssicherheit mehrdimensional verstanden werden muss. Ein solches Verständnis umfasst unserer Ansicht nach mindestens vier miteinander verbundene Dimensionen:

- ökonomisch-technologische Sicherheit, um Wettbewerbsfähigkeit, Lieferkettensicherheit, Unabhängigkeit und Innovationskraft zu gewährleisten,
- strategisch-militärische Sicherheit, um kritische Infrastrukturen und Versorgung zu schützen,
- gesellschaftliche Sicherheit, um Beschäftigung, Teilhabe und sozialen Zusammenhalt zu sichern,
- ökologische Sicherheit, um Ressourcen nachhaltig zu nutzen und Klimarisiken zu mindern.

Wirtschaftssicherheit ist somit kein sektorales Konzept, sondern gilt als ein dynamisches Geflecht,

das nur integrativ verstanden werden kann. Langfristige Resilienz entsteht erst, wenn wirtschaftliche Stabilität, gesellschaftlicher Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit nicht als voneinander getrennte Politikfelder, sondern als wechselseitige Voraussetzungen betrachtet werden. Zentrale Fragen einer mehrdimensionalen Wirtschaftssicherheit sind unter anderem: Wie lassen sich ausländische Direktinvestitionen mit dem Schutz von Arbeitnehmer*innenrechten vereinbaren? Oder das Ausbleiben von Investitionen mit Beschäftigungssicherheit? Welche Maßnahmen sichern die Versorgung in Städten wie Hamburg in Krisenzeiten? Welche Strategien gewährleisten, dass Arbeitnehmer*innen technologisch qualifiziert und damit die EU international wettbewerbsfähig bleibt?

Aus diesem integrativen Verständnis von Wirtschaftssicherheit und dessen mehreren Dimensionen ergibt sich die Notwendigkeit einer inklusiven Geoökonomie. Sie erweitert die klassische Geoökonomie, indem sie wirtschaftliche Sicherheit nicht nur interdisziplinär, sondern integrativ und partizipativ versteht. Eine inklusive Geoökonomie verbindet wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialer Gerechtigkeit, technologischer Innovation und ökologischer Verantwortung. Sie bezieht die Perspektiven aller relevanten Akteur*innen – von Politik und Wirtschaft über Arbeitnehmer*innen bis zur Zivilgesellschaft – in die Gestaltung wirtschaftlicher Sicherheit ein. Damit stellt eine inklusive Geoökonomie den notwendigen Rahmen bereit, um Wirtschaftssicherheit in einer geopolitisch fragmentierten Welt umfassend, krisenfest und souverän zu gestalten.

Der Hamburger Hafen: Strategischer Knotenpunkt wirtschaftlicher Sicherheit

Häfen sind zentrale Schnittstellen ökonomischer und sicherheitspolitischer Abhängigkeiten – und damit strategische Knotenpunkte wirtschaftlicher Sicherheit. Sie sichern Handels- und Versorgungsströme, dienen als logistische Drehscheiben für Energie, Rohstoffe und industrielle Güter und übernehmen zunehmend sicherheitspolitische Funktionen. Für ein exportorientiertes Land wie Deutschland sind sie daher nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch und gesellschaftlich systemrelevant.

Mit der Änderung der deutschen KRITIS-Verordnung im Jahr 2022 wurden Umschlaganlagen in See- und Binnenhäfen erstmals offiziell als kritische Infrastruktur anerkannt. Dieser Schritt hat ihre sicherheitspolitische Bedeutung institutionell verankert: Ein Ausfall oder eine Störung würde erhebliche Auswirkungen auf die öffentliche Versorgung, auf industrielle Wertschöpfung und damit auf die wirtschaftliche und soziale Stabilität nach sich ziehen. Auch die Nationale Sicherheitsstrategie (2023) und die Nationale Hafenstrategie (2024) betonen die maritime Dimension der Wirtschaftssicherheit und die wachsende Gefährdungslage kritischer Infrastrukturen, insbesondere der Häfen. In der geplanten Nationalen Wirtschaftssicherheitsstrategie sollen Häfen daher explizit als sicherheitsrelevante Räume eingebunden werden.

Gleichzeitig sind Häfen Schauplätze globaler Machtkonkurrenz. Beteiligungen im Rahmen der chinesischen Belt and Road Initiative wie in Duisburg oder ausländische Investitionen in strategische Hafenan-

lagen wie am Hamburger Terminal Tollerort verdeutlichen, dass wirtschaftliche Infrastruktur zunehmend geopolitisch aufgeladen ist. Häfen demonstrieren die Brisanz der Machtkonkurrenz durch die Überschneidung von wirtschaftlicher Abhängigkeit, technologischer Kontrolle und politischem Einfluss. Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Fragen lassen sich hier nicht mehr trennen. Sie sind ein Brennpunkt geökonomischer Auseinandersetzungen.

Der Hamburger Hafen zeigt diese Verschränkungen deutlich. Als größter Universalhafen Deutschlands verbindet er globale Handelsrouten mit industriellen Zentren Europas und fungiert zugleich als energie-, logistik- und sicherheitspolitischer Knotenpunkt. In ihm greifen alle vier Dimensionen wirtschaftlicher Sicherheit zusammen: ökonomisch-technologisch, indem er Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der deutschen Exportwirtschaft stärkt; strategisch-militärisch, durch seine Rolle in der militärischen Logistik und die Verwundbarkeit digitaler Infrastrukturen; gesellschaftlich, als bedeutender Arbeitgeber und sozialer Stabilitätsfaktor in der Metropolregion; ökologisch, als Ort, an dem Energieimporte, Emissionen und nachhaltige Transformation unmittelbar aufeinandertreffen.

Damit ist der Hamburger Hafen ein ausgezeichnetes praktisches Beispiel für einen geopolitischen Knotenpunkt. Er illustriert, wie eng ökonomische, sicherheitspolitische, gesellschaftliche und ökologische Aspekte von Wirtschaftssicherheit miteinander verflochten sind. Seine Stabilität ist nicht nur eine Frage der Wettbewerbsfähigkeit, sondern ein Gradmesser für die Resilienz des Wirtschafts- und Sicherheitsstandorts Deutschland insgesamt.

Dimensionen wirtschaftlicher Sicherheit im Hamburger Hafen

In unseren Gesprächen mit politischen Entscheidungsträger*innen sowie Vertreter*innen von Wirtschaft und Gewerkschaften auf lokaler, regionaler, bundesweiter sowie europäischer Ebene zeigte sich schnell die Bedeutung des Hamburger Hafens für

die Wirtschaftssicherheit Deutschlands. Ebenso wurde deutlich, wie eng die vier Dimensionen wirtschaftlicher Sicherheit – ökonomisch-technologisch, strategisch-militärisch, gesellschaftlich und ökologisch – miteinander verbunden sind.

Hamburger Hafen als Knotenpunkt wirtschaftlicher Sicherheit



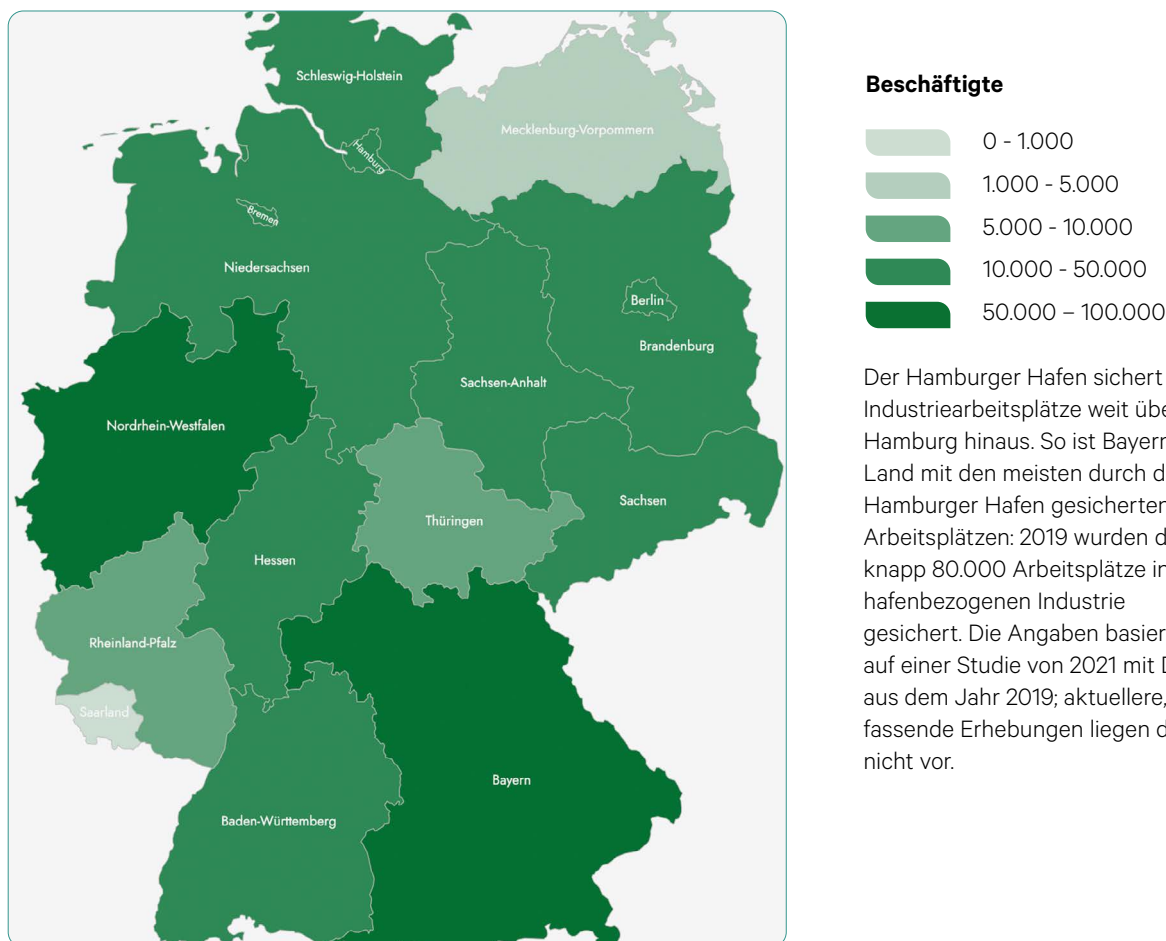
a) Ökonomisch-technologische Dimension wirtschaftlicher Sicherheit

Die ökonomisch-technologische Dimension wirtschaftlicher Sicherheit umfasst vor allem die Sicherung internationaler Wettbewerbsfähigkeit, die Diversifizierung von Lieferketten und den Ausbau von Innovationskraft. Häfen sind zentrale Knotenpunkte globaler Wertschöpfung und prägen unmittelbar die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Wirtschaft Deutschlands. Ihre robuste Leistungsfähigkeit entscheidet darüber, wie widerstandsfähig Lieferketten bleiben, wie zuverlässig Industrie und Handel mit

Rohstoffen und Vorprodukten versorgt werden und wie stark Deutschland in globalen Innovations- und Produktionsnetzwerken eingebunden ist.

Als größter Universalhafen Deutschlands hat der Hamburger Hafen eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung. Als einer der wichtigsten Logistikstandorte Europas verbindet er globale Handelsrouten mit dem industriellen Hinterland Norddeutschlands und Zentraleuropas. Direkt oder indirekt ist der Hamburger Hafen mit rund 607.000 Arbeitsplätzen in Deutschland verbunden und erwirtschaftet eine Wertschöpfung von etwa 51 Mrd. €.²

Sicherung der Industriearbeitsplätze durch den Hamburger Hafen: Anteil nach Bundesländern



Der Hamburger Hafen sichert Industriearbeitsplätze weit über Hamburg hinaus. So ist Bayern das Land mit den meisten durch den Hamburger Hafen gesicherten Arbeitsplätzen: 2019 wurden dort knapp 80.000 Arbeitsplätze in der hafenbezogenen Industrie gesichert. Die Angaben basieren auf einer Studie von 2021 mit Daten aus dem Jahr 2019; aktuellere, umfassendere Erhebungen liegen derzeit nicht vor.

Quelle: Bräuninger, Michael et. al. (2021): Volkswirtschaftliche Bedeutung des Hamburger Hafens. Untersuchung der regional- und gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Hamburger Hafens – [Endbericht](https://www.hamburg-port-authority.de/fileadmin/user_upload/BeschaeftigungsstudieHafenHamburg2019_Endbericht_final.pdf), https://www.hamburg-port-authority.de/fileadmin/user_upload/BeschaeftigungsstudieHafenHamburg2019_Endbericht_final.pdf (letzter Zugriff: 01.12.2025).

2 Hamburger Behörde für Wirtschaft und Innovation – Pressestelle (2023): [Hafenentwicklungsplan 2040](https://www.hamburg.de/resource/blob/1014472/6ac74cf2ca6c9b0a43b19e291053b54f/hafenentwicklungsplan-strategische-vision-data.pdf), Strategische Vision. Mit Innovationskraft und Qualität zu nachhaltiger Wertschöpfung, <https://www.hamburg.de/resource/blob/1014472/6ac74cf2ca6c9b0a43b19e291053b54f/hafenentwicklungsplan-strategische-vision-data.pdf> (letzter Zugriff: 01.12.2025).

Er stärkt damit die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in Schlüsselindustrien – von der Logistik über den Maschinen- und Anlagenbau bis hin zur Chemie und (Automobil-)Industrie. Und insbesondere exportorientierte Industrien profitieren davon, dass der Hafen als wichtiger Knotenpunkt internationale Lieferketten sichert. Indem der Hafen außerdem neue Lösungen in der maritimen Technologieentwicklung, in nachhaltigen Hafenprozessen sowie in der digitalen Vernetzung von Lieferketten vorantreibt, ist er ein wichtiger Impulsgeber für Innovation in der maritimen Wirtschaft.

Vertreter*innen aus Wirtschaft, Politik, Hafenbetrieben und Gewerkschaften erklärten in Gesprächen: Der Hamburger Hafen ist nicht nur logistische Infrastruktur, sondern ein zentraler Faktor technologischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Sie sehen seine Modernisierung und Diversifizierung als zentrale Voraussetzung dafür, Deutschlands Rolle als Industrie- und Innovationsstandort langfristig zu sichern.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens gelingt jedoch nur durch technologische Erneuerung wie Automatisierung, Digitalisierung und Investitionen in nachhaltige Energielösungen. Dabei geht es weniger um reine Effizienzsteigerung als um die Fähigkeit, Krisen zu überstehen und neue Märkte zu erschließen. Projekte im Bereich digitaler Hafenlogistik und Energieeffizienz führen vor Augen, dass technologische Innovation zugleich zu mehr Resilienz beitragen kann, indem sie Abhängigkeiten in kritischen Infrastrukturen verringert und Anpassungsfähigkeit stärkt.³

Zugleich lassen aktuelle Entwicklungen erkennen, wie stark wirtschaftliche Sicherheit vom geopolitischen Umfeld abhängt: Im Jahr 2024 wurden im Hamburger Hafen rund 111,8 Mio. Tonnen Güter – darunter 7,8 Mio. TEU Container – umgeschlagen. Das entspricht einem Rückgang von 2,1 % gegenüber

2023.⁴ Ursache waren geopolitische Spannungen und konjunkturelle Unsicherheiten. Besonders deutlich wurde der Einfluss internationaler Krisen während der Sanktionen gegen Russland, die den Containerumschlag drastisch beeinflussten. Russland fiel im Jahr 2022 vom vierten auf den 27. Platz der wichtigsten Handelspartner des Hamburger Hafens zurück; rund 8,9 % des Massengutumschlags gingen verloren.⁵ Zwar konnten diese Einbußen teilweise durch andere Geschäftsbereiche kompensiert werden, doch zeigt sich, dass ein fehlender Ausgleich direkte Folgen für die zahlreichen direkt und indirekt vom Hafen abhängigen Arbeitsplätze hätte.

Gleichzeitig unterstreichen die Interviews mit Vertreter*innen der Hafenwirtschaft als auch mit den Gewerkschaften, dass einseitige Spezialisierungen die wirtschaftliche Sicherheit schwächen können, da sie den Hamburger Hafen anfällig für globale Schocks machen. Die Art des Umschlags spielt dabei eine entscheidende Rolle. Nicht alle Produkte werden in Containern transportiert – Fahrzeuge sind zum Beispiel häufig Teil des spezialisierten Umschlagbereichs "Stückgut" und Flüssigkeiten und Kohle werden als Massengut umgeschlagen. In der COVID-Pandemie oder in Phasen internationaler Lieferkettenstörungen verzeichnete beispielsweise der Containerumschlag massive Einbrüche, während Segmente wie Stückgut oder Massengut weitgehend stabil blieben. Daraus ergibt sich ein klarer wirtschaftspolitischer Befund: Diversifizierung erhöht die Resilienz des Hafens und damit auch die Stabilität der regionalen Wirtschaft. Gleichzeitig hoben Gesprächspartner*innen hervor, dass der Hafen die besten Voraussetzungen habe, als Mehrzweckhafen zu agieren. Ein breiteres Umschlagsportfolio – vom Container über Projektladung bis hin zu Massengut – kann nicht nur kurzfristige Schwankungen abfedern, sondern auch Innovationsprozesse in unterschiedlichen Branchen anstoßen.

3 Hamburg Port Authority: [SmartPort](https://www.hamburg-port-authority.de/de/hpa-360/smartport) – Der intelligente Hafen, <https://www.hamburg-port-authority.de/de/hpa-360/smartport> (letzter Zugriff: 01.12.2025).

4 Hafen Hamburg Marketing e. V. (2024): [Seegueterumschlag](https://www.hafen-hamburg.de/de/aktuelles/statistiken/seegueterumschlag/), <https://www.hafen-hamburg.de/de/aktuelles/statistiken/seegueterumschlag/> (letzter Zugriff: 01.12.2025).

5 Howard, Gary (2023): [War, labour disputes and supply chain issues hit Hamburg throughput](https://www.seatrade-maritime.com/maritime-logistics/war-labour-disputes-and-supply-chain-issues-hit-hamburg-throughput), [Seatrade Maritime News](https://www.seatrade-maritime.com/maritime-logistics/war-labour-disputes-and-supply-chain-issues-hit-hamburg-throughput), 20.02.2023, <https://www.seatrade-maritime.com/maritime-logistics/war-labour-disputes-and-supply-chain-issues-hit-hamburg-throughput> (letzter Zugriff: 01.12.2025).

Diversifizierung umfasst dabei nicht nur technische und logistische Vielfalt, sondern auch die strategische Absicherung gegen geopolitische und technologische Abhängigkeiten durch eine breite Basis internationaler Handelspartner*innen. Jedoch wurde in den Gesprächen klar, dass Diversifizierung in der Praxis weit komplexer ist, als es politische Debatten nahelegen. Einige Gesprächspartner*innen verwiesen darauf, dass viele Unternehmen Diversifizierung anstreben – ob bei der Art des Umschlags oder der Handelspartner*innen – jedoch mit Hürden bei der Umsetzung konfrontiert sind. Diese umfassen hohe Kosten bis hin zur Erschließung politisch schwieriger neuer Märkte. Diversifizierung erfordert daher gezielte politische Unterstützung durch Exportkreditabsicherungen, Markterschließungsprogramme und Investitionsanreize sowie einen langen Planungshorizont.

Wirtschaftliche Sicherheit im Hafen wird zusätzlich durch technologische Abhängigkeiten bestimmt. Europa ist laut aktuellen Analysen in nur einem von acht globalen Schlüsseltechnologiebereichen führend.⁶ Auch in der Hafenwirtschaft besteht eine hohe Abhängigkeit von außereuropäischen Anbietern – etwa bei IT-Systemen, Energienetzen oder Cloud-Infrastrukturen. Die Entwicklung und Anwendung neuer Technologien sind damit ein zentraler Bestandteil wirtschaftlicher Sicherheit. Das heißt: Wenn die Integration digitaler Systeme, nachhaltiger Energielösungen und moderner Logistikverfahren des Hamburger Hafens erfolgt, stärkt er die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft.

Zugleich bekräftigen die Gespräche, dass technologische Transformation auch soziale Spannungen erzeugt: Automatisierung und Digitalisierung verändern Beschäftigungsstrukturen und stellen bewährte Sicherungssysteme infrage. Dies gilt insbesondere in Zeiten geopolitischer und geoökonomischer internationaler Rivalitäten, wenn Unternehmen und Politik

aufgrund steigender Unsicherheiten und Risiken neue Priorisierungen vornehmen. Wirtschaftliche Sicherheit erfordert daher eine Balance zwischen technologischer Erneuerung, politisch-strategischen Überlegungen und sozialer Stabilität.

b) Strategisch-militärische Dimension von Wirtschaftssicherheit

Die strategisch-militärische Dimension wirtschaftlicher Sicherheit umfasst den Schutz von Versorgung und Infrastruktur – also die Fähigkeit eines Staates, in Krisen- oder Konfliktfällen Energie, Rohstoffe, Lebensmittel und militärischen Nachschub zuverlässig bereitzustellen. Die Widerstandsfähigkeit wirtschaftlicher Infrastruktur wird damit zu einer sicherheitspolitischen Voraussetzung.

Häfen verbinden wirtschaftliche, militärische und gesellschaftliche Versorgungssysteme und gewährleisten die Aufrechterhaltung kritischer Versorgungsströme im Krisenfall. So betont die Nationale Hafenstrategie (2024), dass „die deutschen See- und Binnenhäfen als Knotenpunkte der maritimen und kontinentalen Lieferketten eine sehr hohe wirtschaftliche und strategische Bedeutung“ haben.⁷ Auch im Hamburger Hafen zeigt sich diese strategische Rolle konkret: Er diente 2024 im Rahmen des NATO-Manövers Steadfast Defender als logistische Drehscheibe für Truppenverlegungen. 2025 testete die Übung Red Storm Bravo die zivil-militärische Zusammenarbeit.

Wie auch Interviewpartner*innen hervorhoben, nimmt der Hamburger Hafen bei der Sicherung von Versorgungsströmen eine Schlüsselstellung ein. Er sichert nicht nur die Versorgung Deutschlands, sondern weiter Teile Europas – von Polen und Tschechien bis nach Österreich und Norditalien. Seine Funktionsfähigkeit ist damit von gesamteuropäischer sicherheitspolitischer Relevanz.

6 Benson, Emily; Rugova Venesa (2025): Dominance and Sovereignty: [The Geopolitics of the Transatlantic Tech Stack](https://ip-quarterly.com/en/dominance-and-sovereignty-geopolitics-transatlantic-tech-stack), IPQ/5 2025, <https://ip-quarterly.com/en/dominance-and-sovereignty-geopolitics-transatlantic-tech-stack> (letzter Zugriff: 01.12.2025).

7 Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) (2024): [Die Nationale Hafenstrategie](https://www.bmv.de/SharedDocs/DE/Publikationen/WS/hafenstrategie-24.pdf?__blob=publicationFile) für die See- und Binnenhäfen, https://www.bmv.de/SharedDocs/DE/Publikationen/WS/hafenstrategie-24.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff: 01.12.2025).

Mehrere Gesprächspartner*innen wiesen darauf hin, dass Versorgungssicherheit dabei bis in die Ebene des Alltags reicht, dies aber selten mitgedacht wird. Die Abhängigkeit von funktionierenden Umschlags- und Transportstrukturen wird häufig erst in Krisensituationen spürbar, wenn unterbrochene Lieferketten unmittelbare Folgen für die Verfügbarkeit von Lebensmitteln, digitalen Geräten oder Energie haben. Diese Verwundbarkeit zeigt, dass strategische Infrastruktur zugleich gesellschaftliche Daseinsvorsorge ist.

Zugleich schilderten die Interviewten in den Gesprächen ein Defizit an sicherheitspolitischem Know-how: Jahrzehnte der Liberalisierung und Effizienzorientierung haben Vorsorgekapazitäten in Verwaltung und Wirtschaft abgeschwächt. Der Wiederaufbau von Fachwissen, Kooperation und Planungsstrukturen im Bevölkerungsschutz oder in der zivil-militärischen Zusammenarbeit versteht sich heute als fundamentale Aufgabe, die es nachzuholen gilt. Eine belastbare Sicherheitsarchitektur, hier waren sich alle Interviewpartner*innen einig, erfordert die enge Abstimmung zwischen Hafenverwaltung, Behörden und Streitkräften sowie klare rechtliche Zuständigkeiten. Die signifikant steigende Zahl an Cyberangriffen auf wichtige Infrastrukturen – wie den Hamburger Hafen – in Deutschland demonstrieren zudem, dass digitale Sicherheit integraler Bestandteil militärischer und wirtschaftlicher Resilienz ist.

Der Hamburger Hafen steht damit exemplarisch für die enge Verflechtung wirtschaftlicher und sicherheitspolitischer Interessen. Seine Rolle als logistischer Knotenpunkt untermauert, dass Versorgungssicherheit, militärische Logistik und ökonomische

Stabilität untrennbar miteinander verbunden sind – national wie europäisch. Strategische Resilienz bedeutet hier, wirtschaftliche Offenheit mit sicherheitspolitischer Vorsorge zu kombinieren.

c) Gesellschaftliche Dimension von Wirtschaftssicherheit

Die gesellschaftliche Dimension wirtschaftlicher Sicherheit umfasst die Stabilität von Beschäftigung, sozialen Strukturen und Teilhabe sowie den kollektiven Zusammenhalt. Diese Dimension bildet das Fundament für gesellschaftliche Resilienz – also die Fähigkeit, Krisen abzufedern und gesellschaftlichen Zusammenhalt auch unter veränderten ökonomischen Bedingungen zu bewahren. Der Hamburger Hafen ist in diesem Gefüge ein zentraler Faktor. Als größter Arbeitgeber der Region ist er nicht nur Motor wirtschaftlicher Wertschöpfung, sondern auch sozialer Anker für zehntausende Beschäftigte in Hafenwirtschaft, Logistik und Zulieferbetrieben: Allein in Hamburg sichert er rund 124.000 Arbeitsplätze.⁸ Dementsprechend ist er tief in die regionale Identität eingebettet – die Hamburger*innen verstehen sich mit ihrem Hafen als Tor zu Welt.

Wie stark wirtschaftliche Sicherheit mit sozialer Stabilität verflochten ist, zeigt sich an der direkten Betroffenheit der Beschäftigten durch geopolitische oder konjunkturelle Entwicklungen. Sanktionen, Handelskonflikte oder Klimarisiken wirken sich unmittelbar auf Umschlagmengen, Transportflüsse und damit auf Arbeitsplätze aus. Ein Interviewpartner beschreibt den Hafen treffend als „Herz und Motor der Stadt“ – ein Organ, dessen Schlagkraft zugleich über die soziale Vitalität der Region entscheidet.

8 Bräuninger, Michael et. al. (2021): [Volkswirtschaftliche Bedeutung des Hamburger Hafens](https://www.hamburg-port-authority.de/fileadmin/user_upload/BeschaeftigungsstudieHafenHamburg2019_Endbericht_final.pdf). Untersuchung der regional- und gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Hamburger Hafens – Endbericht. https://www.hamburg-port-authority.de/fileadmin/user_upload/BeschaeftigungsstudieHafenHamburg2019_Endbericht_final.pdf (letzter Zugriff: 01.12.2025).

Soziale Sicherheit entsteht dabei nicht allein aus Beschäftigung, sondern aus verlässlichen Strukturen der Mitbestimmung und Absicherung. Tarifverträge, Betriebsräte und sozialpartnerschaftliche Modelle, wie sie im Hamburger Gesamthafenbetrieb etabliert sind, wirken als Puffer gegen die Schwankungen globaler Märkte. Diese verschiedenen Sozialsicherungssysteme sichern Einkommen, Qualifizierung und Teilhabe und stützen damit die gesellschaftliche Legitimität wirtschaftlicher Transformation.

Gleichzeitig hängt soziale Stabilität von der Fähigkeit der Unternehmen ab, langfristig widerstandsfähig zu agieren. Wie eine Interviewpartnerin betont, braucht es neben kurzfristiger Rentabilität auch eine gewisse Resilienz, also die Fähigkeit, auf bestimmte Krisen gut reagieren zu können und gestärkt zu bleiben – seien es Lieferkettenprobleme durch Kriege und Konflikte oder Klimafolgen wie Dürre oder Starkregen. Unternehmen tragen damit Mitverantwortung für die gesellschaftliche Widerstandsfähigkeit des Standorts. Wirtschaftliche Sicherheit ist also nicht allein staatliche Aufgabe, sondern ein Zusammenspiel von privatwirtschaftlicher Verantwortung, institutioneller Absicherung und politischer Gestaltung.

Zugleich stützt die Beschäftigtenperspektive, dass strukturelle Diversifizierung auch soziale Resilienz stärkt. Während laut einem Interviewpartner der Containerbereich in Krisenzeiten besonders anfällig für Einbrüche war, konnten Beschäftigte in Umschlagsbereichen wie Stückgut oder Massengut ganz normal weiterarbeiten. Eine breit aufgestellte Hafenstruktur wirkt somit als soziale Stabilisierung: Sie reduziert das Risiko von Arbeitsplatzverlusten und mildert konjunkturelle Ausschläge ab. Formen

institutioneller Sicherung wie Kurzarbeit, ergänzt durch tarifliche Vereinbarungen, dienen hier als zentrale Instrumente sozialer Wirtschaftssicherheit.

Diese Beobachtungen untermauern, dass die ökonomisch-technologische und gesellschaftliche Dimension für Wirtschaftssicherheit zusammenwirken müssen. Ökonomische Leistungsfähigkeit schafft die Grundlage für soziale Stabilität – umgekehrt kann ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung gelingen. Dies gilt insbesondere auch für die Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene, wie ein Interviewpartner aus Brüssel hervorhob: Nur wenn Europa wirtschaftlich wieder stark ist, kann es auch wieder international für seine grundlegenden Werte und Prinzipien eintreten. Wirtschaftliche Stärke ist somit kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung, um gesellschaftliche Werte und Teilhabe zu sichern.

Für den Hamburger Hafen – und darüber hinaus für Deutschland und Europa – bedeutet dies: Wirtschaftssicherheit muss als integratives Konzept verstanden werden, das soziale Sicherung, faire Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe gleichrangig mit Wettbewerbsfähigkeit und Resilienz verknüpft. Die Fähigkeit, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt auch in Zeiten globaler Umbrüche zu erhalten, ist ein entscheidender Indikator für die Handlungsfähigkeit moderner Wirtschaftspolitik und damit für die Stabilität demokratischer Gesellschaften.

d) Ökologische Dimension von Wirtschaftssicherheit

Die ökologische Dimension wirtschaftlicher Sicherheit betrifft die Fähigkeit von Staat und Wirtschaft,

Klimarisiken zu begrenzen und den ökologischen Umbau nicht als Gegensatz, sondern als Grundlage künftiger Wettbewerbs- und Versorgungssicherheit zu gestalten. Sie gewinnt zunehmend strategische Wichtigkeit, da sich die Folgen des Klimawandels – von Extremwetterereignissen bis hin zu gestörten Lieferketten – direkt auf wirtschaftliche Stabilität, soziale Sicherheit und politische Handlungsfähigkeit auswirken.

Die Interviewpartner*innen bestätigten, dass der ökologische Umbau längst nicht mehr nur als umweltpolitisches Anliegen, sondern als ökonomische und sicherheitspolitische Notwendigkeit verstanden werden muss. Klimarisiken bedrohen Produktionsketten, Handelsrouten und Infrastrukturen – und damit die Grundlagen wirtschaftlicher Resilienz. Zugleich eröffnet die Energiewende neue Handlungsspielräume: Der Ausbau erneuerbarer Energien, die Nutzung von grünem Wasserstoff und nachhaltige Transportlösungen gelten als Innovationsmotor, der langfristig auch strategische Unabhängigkeit stärkt.

Im Hamburger Hafen zeigen sich die Wechselwirkungen der verschiedenen Dimensionen von Wirtschaftssicherheit besonders deutlich. Energieimporte, Emissionen und der Umbau maritimer Infrastruktur wirken direkt auf die Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit des Standorts. Der Ausbau neuer LNG- und Ammoniak-Terminals stärkt zwar kurzfristig die Energieautonomie und Versorgungssicherheit, steht aber zugleich im Spannungsverhältnis zu langfristigen Klimazielen. Die Interviewpartner*innen unterstrichen, dass wirtschaftliche Sicherheit nur dann tragfähig ist, wenn ökologische Nachhaltigkeit als integraler Bestandteil strategischer Planung ver-

standen wird – nicht als Widerspruch zu ökonomischer Leistungsfähigkeit, sondern als deren Voraussetzung.

Mehrere Gesprächspartner*innen verwiesen zudem auf die besondere Lage des Hamburger Hafens mitten in der Stadt: Umweltbelastungen durch Emissionen, Lärm oder kontaminierte Flächen betreffen die Anwohner*innen unmittelbar und beeinflussen gesellschaftliche Akzeptanz. Ökologische Verantwortung wird damit auch zu einer sozialen Frage. Der ökologische Umbau des Hafens kann – wie zuvor in der gesellschaftlichen Dimension beschrieben – nur gelingen, wenn er sozial flankiert ist: durch faire Beschäftigungsstrukturen, Qualifizierung und Beteiligung der lokalen Bevölkerung.

Die Unternehmen im Hafen stehen dabei vor der doppelten Herausforderung, ökologisch nachhaltige Innovationen voranzutreiben und zugleich ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Mehrere Interviewpartner*innen hoben hervor, dass der „grüne Hafen“ zunehmend als Innovationsmotor verstanden wird, der langfristig neue Märkte und Technologien erschließen kann. Dies erfordert Investitionen in Energieeffizienz, Kreislaufwirtschaft und emissionsarme Logistikbereiche, in denen ökologische, ökonomische und sicherheitspolitische Interessen ineinandergreifen. Wirtschaftliche Sicherheit ist daher nur dauerhaft gewährleistet, wenn ökologische Nachhaltigkeit als strategischer Bestandteil in die wirtschaftliche Planung integriert ist und damit als Basis und Voraussetzung für Standortattraktivität, Versorgungssicherheit und soziale Stabilität fungiert. Dafür müssen alle relevanten Kräfte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft zusammenarbeiten und sich dafür einsetzen.

Handlungsempfehlungen

1. Wirtschaftssicherheit mehrdimensional denken

Wirtschaftssicherheit darf nicht länger auf Fragen der Verteidigungsfähigkeit oder technologischen Wettbewerbsfähigkeit verengt werden. Ein zeitgemäßes Verständnis integriert wirtschaftliche, sicherheits-, gesellschafts- und umweltpolitische Aspekte gleichermaßen. Nur ein solcher mehrdimensionaler Ansatz kann Resilienz schaffen, die nicht allein auf Abschottung, sondern auf Flexibilität und rasche Anpassungs- und Gestaltungsfähigkeit beruht. Um diesen Ansatz im Hamburger Hafen umzusetzen, schlagen wir vor, ein gemeinsames Gremium unter Leitung der Stadt Hamburg, bestehend aus Hafenbehörde, Wirtschaft, Gewerkschaften, Stadt und Umweltakteur*innen zu etablieren, das Risiken gemeinsam bewertet und abgestimmte Maßnahmen entwickelt.

2. Inklusive Geoökonomie als politische Strategie mit klaren Prioritäten umsetzen

Wirtschaftssicherheit erfordert aktives wirtschaftliches Gestalten der Politik nach den Leitlinien einer inklusiven geoökonomischen Agenda. Eine inklusive Geoökonomie begreift wirtschaftliche Beziehungen als strategisches Instrument – nicht nur zur Gefahrenabwehr, sondern zur Gestaltung globaler Interdependenzen. Ziel ist, Wettbewerbsfähigkeit, soziale Teilhabe und ökologische Nachhaltigkeit miteinander zu verbinden. Dafür braucht es ressortübergreifende Koordination, klare Prioritäten in der Industrie-, Handels- und Sozialpolitik sowie internationale Abstimmung. Häfen können hierbei als Anwendungsfall dienen, um den Dreiklang aus Promote – Protect – Partner praktisch umzusetzen – durch

Diversifizierungsstrategien, Investitionsschutz, nachhaltige Wertschöpfungsketten und internationale Kooperationen.

3. Soziale Stabilität und Qualifizierung als Sicherheitsfaktor begreifen

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik müssen integraler Teil der nationalen Hafenstrategie sein und in diesem Sinne auch umgesetzt werden. Programme zur Weiterbildung und Umschulung können Beschäftigte auf die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung vorbereiten. Der Erhalt tariflicher Standards und sozialpartnerschaftlicher Strukturen stärkt die gesellschaftliche Resilienz und beugt sozialen Spannungen in Phasen sowohl von Transformation als auch von politisch-ökonomischer Unsicherheit vor. Ein Transformations- und Qualifizierungsfonds für die Hafenwirtschaft kann gezielt zur Fachkräftesicherung beitragen und Beschäftigte in der Anpassung an neue Technologien unterstützen.

4. Transparente Investitions- und Beteiligungs politik ausbauen

Deutschland sollte klare, einheitliche Prüfkriterien für Beteiligungen an kritischen Infrastrukturen entwickeln. Eine verpflichtende Folgenabschätzung für sicherheitsrelevante Investitionen – insbesondere bei ausländischem Kapital – würde Risiken frühzeitig sichtbar machen. Dabei sind ökonomische Offenheit und Schutz der strategischen Autonomie auszubalancieren. Ergänzend sollten regelmäßige Stresstests für Lieferketten, Cyberresilienz und Notfallversorgung in Häfen eingeführt werden, um Vorsorgekapazitäten systematisch zu stärken.

5. Nachhaltigkeit als Bestandteil wirtschaftlicher Sicherheit verankern

Ökologische Modernisierung ist ein Schlüssel zur Resilienz der Hafenwirtschaft. Investitionen in emissionsarme Logistik, alternative Energieinfrastruktur und klimaneutrale Betriebsabläufe erhöhen langfristig die Versorgungssicherheit und reduzieren Abhängigkeiten. Hafenstrategien sollten verbindliche Nachhaltigkeitsziele enthalten, die mit sozialverträglichen Übergängen verknüpft sind. Ein sektorübergreifender Klimafonds könnte Hafen- und Industrieprojekte kofinanzieren, die ökologische, ökonomische und sicherheitspolitische Interessen zugleich stärken.

Schlussfolgerung

Wirtschaftssicherheit ist mehr als klassische Standortpolitik. Um Wirtschaftssicherheit langfristig garantieren zu können, braucht es die Sicherung ökonomischer Leistungsfähigkeit, den Schutz kritischer Infrastrukturen, die Berücksichtigung der ökologischen Transformation und die Stabilität sozialer Strukturen. Der Hamburger Hafen veranschaulicht, dass diese Ebenen untrennbar miteinander verflochten sind – ökonomisch, gesellschaftlich, ökologisch und sicherheitspolitisch.

Deutschland steht damit stellvertretend für eine europäische Herausforderung: Die Gewährleistung wirtschaftlicher Sicherheit verlangt eine Politik, die

Offenheit mit Resilienz, Wettbewerbsfähigkeit mit Nachhaltigkeit und soziale Teilhabe mit strategischer Handlungsfähigkeit verbindet. Eine inklusive Geoökonomie kann hier als Leitbild dienen – sie versteht wirtschaftliche Verflechtung nicht als Risiko, sondern als gestaltbare Ressource.

Für Deutschland bedeutet das, Wirtschaftssicherheit als mehrdimensionale Querschnittsaufgabe zu begreifen, die Industrie-, Sozial-, Energie- und Außenpolitik integriert. Für Europa heißt es, die eigene ökonomische Souveränität in einer fragmentierten Weltordnung neu zu definieren – durch Kooperation mit demokratischen Partnern, die Stärkung der technologischen Eigenständigkeit und die verantwortungsvolle Ausgestaltung einer sowohl sozial als auch ökologisch ausgerichteten Globalisierung.

Eine Strategie inklusiver Geoökonomie, die Wettbewerbsfähigkeit, Sicherheit, Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Teilhabe zusammenführt, kann so zum Leitbild einer modernen deutschen und europäischen Wirtschaftssicherheitspolitik werden. Was dies konkret bedeutet, entwickeln wir im Forschungsprojekt „Inklusive Geoökonomie“: Ziel ist ein Konzept, das wirtschaftliche Resilienz, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung strategisch verbindet und damit eine neue Grundlage für Europas Wirtschaftssicherheit schafft. Der finale Report wird Anfang 2026 erscheinen.

Über das BKHS Projekt „Inklusive Geoökonomie“

Das Projekt „Inklusive Geoökonomie“ der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung untersucht, wie Wirtschaftspolitik in einer Zeit geopolitischer Spannungen, ökologischer Transformation und sozialer Ungleichheit neu ausgerichtet werden kann. Ziel ist es, das klassische Konzept der Geoökonomie – den strategischen Einsatz wirtschaftlicher Instrumente in der Außen- und Sicherheitspolitik – um soziale und ökologische Dimensionen zu erweitern und so ein Leitbild inklusiver Wirtschaftssicherheit zu entwickeln.

Im Rahmen von Fallstudien, unter anderem zum Hamburger Hafen, werden Expert*innen-Interviews mit relevanten Akteur*innen auf europäischer, bundes- und lokaler Ebene geführt. Befragt werden politische Entscheidungsträger*innen,

Vertreter*innen aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, um die unterschiedlichen Perspektiven auf wirtschaftliche Sicherheit systematisch zu erfassen und miteinander in Beziehung zu setzen.

Projektleiterin: Dr. Elisabeth Winter, stellvertretende Geschäftsführerin und Programmleiterin Globale Märkte und soziale Gerechtigkeit

Projektmitarbeiterin: Lea Holst, wissenschaftliche Assistenz

Weitere Informationen und aktuelle Veröffentlichungen finden Sie unter: www.helmut-schmidt.de/inklusive-geoökonomie

Impressum

Herausgeberin

Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung
Büro Hamburg
Kattrepel 10
20095 Hamburg
+49 40/ 18 23 12 18
info@helmut-schmidt.de
www.helmut-schmidt.de

ISSN 2749-7216

Erscheinungsdatum: Dezember 2025

Schlusslektorat

Christine Krüger & Uta Schlott,
Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung

Design

Hebert Asprilla Cardenas

Für den Inhalt der Beiträge sind die jeweiligen
Autorinnen verantwortlich.*



Dr. Elisabeth Winter

stellvertretende Geschäftsführerin und Programmleiterin
Globale Märkte und soziale
Gerechtigkeit



Lea Holst

Wissenschaftliche Assistenz
Programmlinie Globale Märkte
und soziale Gerechtigkeit

* Die Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung wieder.



Die Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung erinnert an einen der bedeutendsten deutschen Staatsmänner des 20. Jahrhunderts und trägt die Themen in die Zukunft, die den Vordenker Schmidt bewegten.